

Aus Kalter Asche lässt sich kein Feuer entfachen

In ihrem neuen Buch glorifiziert Sahra Wagenknecht das Modell einer leistungsorientierten Marktwirtschaft ohne Konzerne, argumentiert Bernd Riexinger und wundert sich, wie wenig die ehemalige Marxistin von den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus heute noch wissen will.

Sahra Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ ist eine Abrechnung mit „ihrer“ Partei, mit großen Teilen der gesellschaftlichen Linken, wie auch mit verschiedenen sozialen, ökologischen und antirassistischen Bewegungen. Dabei strotzt das Buch von Doppeldeutigkeiten und Behauptungen, die meistens mit der Praxis der Partei DIE LINKE nichts zu tun haben, und von politischen Grenzüberschreitungen, die dann wieder relativiert werden. Tomasz Konieczny schreibt dazu in Konkret: „Vieles scheint in der Intention geschrieben worden zu sein, möglichst mehrdeutig zu sein. Wagenknecht bedient sich einer scheinbar einfach und allgemeinverständlich gehaltenen Sprache, die tatsächlich manipulativ ist und gespickt mit absurden Wortergüssen („linker Konservatismus“). Das Buch ist voller schwammiger Begriffe und Formulierungen („Gemeinsinn“, „Maß und Mitte“ etc.), die bestimmte Stimmungen und Assoziationen beim Leser erzeugen sollen“. „All das ist

offensichtlich als eine kalkulierte Provokation konzipiert“ (Konkret 6/21).

Kritik an und Abrechnung mit der eigenen Partei sind wirkungsvolle Methoden, mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Ich will mich in meiner Besprechung auf den inhaltlichen Kern ihrer Aussagen konzentrieren und auf die Schlussfolgerungen, die DIE LINKE daraus ziehen sollte.

Die Lifestyle-Linke: (k)eine hegemoniale Kraft?

Ein erheblicher Teil des Buches beschäftigt sich mit der Lebensart, dem vermeintlich intoleranten Verhalten und der widersprüchlichen Ideologie der sogenannten Lifestyle-Linken. Für sie würden im „Mittelpunkt linker Politik nicht mehr soziale und politikökonomische Probleme stehen, sondern Fragen des Lebensstils, der Konsumgewohnheiten und moralische Haltungsnoten“ (S25). Sie werden gleichgesetzt mit einem neuen akademischen privilegierten

Mittelstand, der Autonomie und Selbstverwirklichung mehr schätze als Tradition und Gemeinschaft. „Überkommene Werte wie Leistung, Fleiß und Anstrengung findet er uncool“. Symbolik und Sprache wären ihm wichtiger als Löhne, Renten, Steuern oder Arbeitslosenversicherung. „Der typische Lifestyle-Linke wohnt in einer Großstadt oder zumindest einer schicken Unistadt und selten in Orten wie Bitterfeld oder Gelsenkirchen. Er studiert oder hat ein abgeschlossenes Universitätsstudium und gute Fremdsprachenkenntnisse, plädiert für eine Post-Wachstums-Ökonomie und achtet auf biologisch einwandfreie Ernährung. Discounterfleisch-Esser, Dieselauto-Fahrer und Mallorca-Billigflugreisende sind ihm ein Graus.“ Kein Klischee wird ausgelassen, um ihre Verachtung gegenüber dieser Schicht zum Ausdruck zu bringen, was nicht zuletzt zu einem gewaltigen Zerrbild und recht skurrilen Verirrungen führt.

Es ist fragwürdig, eine in Wagenknechts Darstellung hegemoniale, also Gesellschaft prägende, Schicht über ihren Lebensstil und ihre Verhaltensformen zu definieren, nicht über ihre Stellung im Produktionsprozess, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft. Natürlich gibt es für alle diese

Klischees und Charakterisierungen lebende Beispiele. Dass die sogenannte Lifestyle-Linke und ihre Erzählung hegemonial sei, wird aber nicht belegt. Vielmehr wird mit Verweis auf einen Strang soziologischer Forschung, der eine recht holzschnittartige kulturelle Klassenanalyse vornimmt (Koppetsch u.a.), eine neue Mittelschicht und ihre politische Ausrichtung ausgemacht u. Diese präge auch die Politik der linken und sozialdemokratischen Parteien. Einen Bezug zu marxistischer Ökonomie, Lebensstilforschung oder Kulturverständnis stellt Wagenknecht nicht her.

Sahra Wagenknecht präsentiert sich als exklusive Vertreterin einer Politik, die vor allem auf die älteren, sozialdemokratischen und sozialkonservativen Teile der Mittelschichten zielt. Eher am Rande bezieht sie die Probleme der prekär lebenden Unterschicht mit ein. Ihre Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen letzterer sind mehr als dürftig. Die Interessen der Migrant*innen, die ja immerhin rund 25 Prozent der Einwohner*innen stellen, werden ausklammert.

Sie erwartet von den Zuwanderern, dass sie sich auf die Mehrheitskultur und deren Werte einlassen. Sogar der

reaktionäre Begriff der Leitkultur taucht wieder auf. Auf den Anwerbestopp der sozialdemokratischen Regierung von Willy Brandt wird positiv Bezug genommen – ohne die damalige linke Kritik daran zur Kenntnis zu nehmen und ohne Hinweis, dass es eine sozialdemokratische Politik zu Zeiten der (beginnenden) Krise des fordistischen Klassenkompromisses war. Sie blickt äußerst positiv auf den Sozialstaat der 1960er und 1970er Jahre, mit richtigen Volksparteien und deutlich höherer Wahlbeteiligung, als es heute der Fall ist. Dass dieser Sozialstaat auf die „goldene Ära“ (Eric Hobsbawm) des Kapitalismus zurückzuführen ist und an hohe Wachstumsraten, nachholenden Massenkonsum und dementsprechende Massenproduktion, mit starken die Norm setzenden Gewerkschaften in der Industrie sowie relativer Vollbeschäftigung gebunden war, fehlt in ihrer Analyse. Ebenso fehlt, dass diese Phase in der Ära des Kapitalismus die Ausnahme und keinesfalls die Regel abbildete. Michael Wendl schreibt zurecht, dass sie an den Glanz einer Vergangenheit glaubt, die es nie gegeben hat.

Dem Lebensstil der Lifestyle-Linken wird das Bild einer leistungsorientierten, nach Normalität strebenden

Mehrheitsgesellschaft entgegen gehalten – wobei sie hier Normalität von sozialer Sicherheit und kulturelle Normalität immer wieder durcheinanderwirft. Ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl „durch gemeinsame Sprache, durch geteilte Werte, gemeinsame Traditionen, Mythen und Erzählungen, aber auch durch eine gemeinsame politische Geschichte“ (S235) verbindet sie damit. Recht oberflächliche Positionen zum sozialen Zusammenhalt überschaubarer Gemeinschaften münden in der These, dass das traditionelle Leistungsethos der Mittelschichten und der Arbeiterschaft in den Milieus, die von Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhafter gesellschaftlicher Ausgrenzung geprägt sind, allmählich zerbrechen würde. Dafür macht sie einerseits zurecht die neoliberale Erzählung verantwortlich – und andererseits nicht zu Recht die hohe Zuwanderung in den Jahren 2015 bis 2019. Untersuchungen aus verschiedenen Ländern würden belegen, „dass hohe Zuwanderung auch die Unterstützung für eine umverteilende Besteuerung verhindert. Das Gefühl der Verpflichtung gegenüber ärmeren Mitbürgern schwindet in dem Maße, wie der Kreis der Hilfsbedürftigen auf Nichtstaatsangehörige erweitert wird“, zitiert sie

den Ökonomen Paul Collier (S217). Manche Aussagen wirken hier nicht mehr „linkskonservativ“, wie sie ihren Ansatz selbst bezeichnet, sondern gehen ins Reaktionäre. Viele Thesen von nationaler Identität, Mehrheitsgesellschaft, Sprache, Werten, Normen, Identität wirken wie aus der Zeit gefallen, fast schon kleinbürgerlich und spießig. Es ist offensichtlich, dass sie mit den Emanzipationsbewegungen- und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte wenig anfangen kann. Sicherlich auch ein Grund, warum ihre Thesen so viel Beifall von konservativen und rechten Kräften erhalten.

Nicht die Migration hat die Löhne gedrückt, sondern die Agenda 2010

Sahra Wagenknecht fordert eine Migrationsquote, wohlgermerkt nicht in den vornehmen Wohnvierteln – das wäre ja noch originell gewesen –, und macht fälschlicherweise die Migration für die Senkung des Lohnniveaus verantwortlich. Wendl hat in seiner Kritik an Wagenknecht Buch dargelegt, dass diese These aus empirischer Sicht falsch ist. Wendl: „Es kann gezeigt werden (siehe DIW-Wochenbericht 7-2020), dass das Fallen der Löhne der unteren Dezile in den Jahren 2000-2007 am stärksten war und mit den Arbeitsmarktrefor-

der Regierung Schröder und der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften bzw. dem Rückgang der Tarifbindung zu erklären ist. Der Druck der EU-Arbeitsmigration beginnt erst 2011, als die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Folge der EU-Osterweiterung ausgelaufen waren. In dieser Zeit stabilisiert sich die Lohnentwicklung wieder und ab 2015 steigen in der Folge des Mindestlohnes auch die Löhne in den untersten Dezilen wieder real“ (Wendl 5/2021). Die Gewerkschaften in Deutschland haben es nicht zugelassen, dass es unterschiedliche Tarifgruppen für Migranten*innen und deutschen Beschäftigten gegeben hat. Migranten*innen haben nicht nur in der Industrie, auch in den Dienstleistungsbereichen die gewerkschaftliche Kampfkraft gestärkt und nicht geschwächt. Viele wichtige Streiks wären ohne sie nicht möglich gewesen. Die Löhne – und die Wähler*innenstimmen für die SPD – sind in Folge der Politik der Agenda 2010 in den Keller gefallen, nicht wegen der Migration und auch nicht wegen der vermeintlichen Dominanz von sogenannten Lifestylelinken.

Über Fakten und geschichtliche Zusammenhänge wird in dem Buch häufiger hinweggegangen. Am Anfang

des Buches findet sich ein Beispiel, dass die gesellschaftliche Linke noch siegen könne, weil sie das Unternehmen Unilever zwingen konnte, den Knorr-Klassiker Zigeunersauce durch den Namen Paprikasauce Ungarischer Art zu ersetzen, während fast zeitgleich den 550 Beschäftigten in Heilbronn ein verschlechterter Tarifvertrag aufgezwungen wurde mit der Drohung, den Standort zu schließen. Anders als die Zigeunersauce habe das nicht für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Tatsache ist, dass um den Erhalt des Knorr-Standortes in Heilbronn heftig gekämpft wurde. Sowohl die gesellschaftliche Linke als auch die Parteilinke war aktiv und solidarisch dabei, wie übrigens auch die SPD. Die Parteivorsitzenden der Linken hatten Solidaritätserklärungen unterzeichnet, DIE LINKE stand an den Werkstoren. Von Wagenknecht ist beides nicht bekannt. Die zuständige Gewerkschaft NGG bezeichnet es als Erfolg, dass der Standort verteidigt werden konnte, wenn auch mit Zugeständnissen beim Tarifvertrag. Genoss*innen vor Ort versicherten mir, dass sie von der Kampagne gegen den Saucennamen erst durch Wagenknechts Buch erfahren hätten. In der konkreten Auseinandersetzung habe das keine

Rolle gespielt. Wagenknecht will mit diesem Beispiel ihre These erhärten, dass die Führung linker Parteien nicht nur in Deutschland mehr oder weniger von Lifestyle-Linken gekapert sei und sich überwiegen mit Identitätsproblemen beschäftige, statt sich den sozialen Interessen der Arbeiterschaft und (traditionellen) Mittelschicht zuzuwenden, selbst wenn sie nur einen Teil der Wahrheit wiedergibt.

Kulturkampf der Mittelschichten

Analytisch entsteht das merkwürdige Bild, als würden sich die Klasseninteressen der herrschenden Klasse in einer Art Kulturkampf der alten und „neuen“ Mittelschichten formieren. Dabei wurden die Interessen der kapitalbesitzenden Klasse in einem rigoros geführten Klassenkampf durchgesetzt. Im Vordergrund stand in den 90er Jahren und im Vorfeld der Agenda 2010 die Erzählung, dass die Wirtschaft in Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig wäre, unter den zu hohen Lohnnebenkosten erstickte und viele Erwerbslose sich in der sozialen Hängematte ausruhen würden. Sog Lifestyle-Linke haben dabei kaum eine Rolle gespielt. Der politische und ideologische Überbau der systemstabilisierend wirkt, lässt sich dabei keinesfalls auf eine relativ kleine

Schicht reduzieren. Einen großen Anteil an der Bewusstseinsbildung haben gleichzeitig die Alltagserfahrungen in den Betrieben und im Alltagsleben.

Auch ihre Aussagen zur Transformation des Kapitalismus, zum Rückgang der Beschäftigten in der Industrie und der Zunahme der Dienstleistungsberufe sind mehr als oberflächlich, weil sie kein Interesse an oder keinen Zugang zu den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte hat. Streiks und Tarifkämpfe im Dienstleistungsbereich spielen für sie keine Rolle. Dass im Gesundheitswesen oder bei den Sozial- und Erziehungsdiensten inzwischen wichtige gewerkschaftliche Akteure entstanden sind, die um ihre Interessen kämpfen und wichtige Erfolge erzielen konnten, passt nicht ins holzschnittartige Bild. Ebenso wenig, dass diese Kämpfe weiblicher und migrantischer geworden sind. „Arbeiter“ sind bei ihr offensichtlich männliche Industriearbeiter, die in Kolonne und Blaumann in die Fabrik einziehen. Selbstermächtigung, emanzipatorische Kämpfe und neue Klassenauseinandersetzungen kommen einfach nicht vor.

Dazu schreibt Wendl: „Damit zeigt sie sich als Repräsentantin einer

gehobenen Mittelschicht aus dem kulturellen Milieu der alten Mittelklasse, die wertemäßig konservativ und tendenziell ausländerfeindlich eingestellt ist. Was die Arbeiterklasse betrifft, so ist ihr deren Selbstermächtigung und Emanzipation fremd, eher hat sie eine Haltung der paternalistischen Fürsorge. Mit ihrer Kritik an der EU, an den Kaufprogrammen der EZB, und an einer angeblichen Enteignung der Sparer zeigt sie sich ideologisch eher nahe bei der CSU und den Schrullen des Ordoliberalismus.“

Ordoliberalismus ist keine Zukunftsperspektive für die Linke

Das Gegenkonzept von Wagenknecht stützt sich wesentlich auf ein ordoliberales Verständnis von Ökonomie. Der immerwährende Traum der Ordoliberalen von einer leistungsorientierten Marktwirtschaft ohne Konzerne, verbunden mit einer vernünftigen De-Globalisierung unserer Wirtschaft und einer radikalen De-Globalisierung der Finanzmärkte. „Das Konzept einer Marktwirtschaft ohne Konzerne beschreibt den Weg einer Lösung“ (Seite 265). Letzten Endes wären die großen Konzerne innovationsfaul im Unterschied zu den Klein-, Mittel- und Familienbetrieben. Sie würden zwar auch gewinnorientiert arbeiten, „aber nicht in Quartals-

horizonten, und in ihnen treffen Leute Entscheidungen, die einen persönlichen Bezug zum Betrieb und seinen Produkten haben. (...) Sie sind auch produktiver, innovativer und ausbildungsfreudiger“ (S 282).

Es ist schon erstaunlich, wie wenig die ehemalige Marxistin Wagenknecht von den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus verstanden hat oder davon heute noch wissen will. Der permanente Drang und Zwang zu Extraprofiten befördert im Kapitalismus die Konzentration und im Übrigen auch die Steigerung der Produktivität. Einen Kapitalismus ohne Kapitalkonzentration, ohne Konzerne kann es nicht geben. Auch inhabergeführte Familienbetriebe sind bei Strafe ihres Untergangs davon nicht ausgenommen. Um im immerwährenden Konkurrenzkampf um Marktanteile mithalten zu können, beuten sie ihre Arbeitskräfte oftmals sogar mehr aus als die großen Konzerne, zahlen geringere Löhne und Sozialleistungen und sind weitaus weniger tarifgebunden. Die Unterscheidung zwischen „echten Unternehmern“ und Kapitalisten ist Unsinn.

Die von ihr hervorgehobenen Stiftungen, wie Bosch oder ZF-Friedrichshafen, haben während der Corona-Krise genauso Stellen

abgebaut oder Standorte geschlossen wie andere Betriebe. Das von ihr eingeforderte „Leistungseigentum“, bei dem es keine externe Eigentümer gibt, sondern nur unterschiedliche Kapitalgeber mit unterschiedlichem Verlustrisiko, die entsprechend eine unterschiedliche Verzinsung erhalten würden, ist ebenfalls ein Konstrukt, das die Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus ausblendet und das Märchen einer funktionierenden Marktwirtschaft weiter erzählt. So meint sie, dass bei den von ihr ins Spiel gebrachten Kontrollorganen, bei dem die „Mitarbeiter – vom Hilfs- über den Facharbeiter bis zum leitenden Angestellten – gewählte Vertreter in das Kontrollgremien entsenden, gewährleistet ist, dass sich die Interessen der gesamten Belegschaft dort wiederfinden“. Abgesehen davon, dass das bei den mitbestimmten Unternehmen Realität ist, ohne dass dabei die Belegschaften besonders viel zu melden hätten, hinken diese Vorschläge meilenweit hinter den wirtschaftsdemokratischen Debatten und den Konzepten der Partei DIE LINKE um die Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung hinterher.

Wagenknecht lobt Leistungsgesellschaft und Leistungsgerechtigkeit, die auch dem jahrhundert-

langen Wertekanon der Gegenseitigkeit entsprechen würde. „Nach dieser konservativen und dennoch keineswegs überholten Gerechtigkeitsvorstellung steht dem Fleißigen mehr zu als dem Faulen und dem Hochproduktiven mehr als dem, der nur Dienst nach Vorschrift macht.“ (S296) Sie lobt die westlichen Gesellschaften der 1950er bis 1990er Jahre – und kritisiert die 68er-Bewegung, die den Leistungsgedanken zurückgewiesen habe, auch weil ihre Wortführer in erster Linie wohlhabende Bürger- und Großbürgerkinder gewesen seien.

Außerdem blendet sie aus, dass die Leistungsanforderungen gerade in den 90er Jahren enorm gestiegen sind. Im Zuge der Rationalisierung der Industrie- und Dienstleistungsarbeit sind völlig neue Arbeitsabläufe, Arbeitsmethoden und Leistungssysteme entstanden, die zu enormer Leistungsverdichtung und Intensivierung der Arbeit geführt haben – kein Thema für Wagenknecht. .Ebenso wenig die Umbrüche in der Produktion – Gruppenarbeit, neuen Leistungskennziffern, beispielsweise die Einführung von Leistungsbemessungssystemen in die Büroarbeit.

Das von ihr vorgestellte „Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ bewegt sich im

Rahmen des Denkmodells einer funktionierenden Marktwirtschaft mit Leistungseigentum. Das wird verbunden mit dem Ausbau des nationalen Sozialstaates, Begrenzung der Einwanderung und De-Globalisierung. Mit der Perspektive einer pluralen gesellschaftlichen Linken für eine sozial- und klimagerechte Gesellschaft oder gar mit Diskussionen über Einstiege in eine sozialistische Gesellschaft hat das nichts zu tun. Selbst die richtigen Positionen zum Ausbau des Sozialstaates und der öffentlichen Infrastruktur fallen hinter den Diskussionsstand innerhalb ihrer Partei zurück. Die Frage der Regulierung der Arbeit, die eng mit der Weiterentwicklung des Sozialsystems zusammenhängt und deren gesellschaftliche Grundlage ist, spielt keine Rolle.

Wie der von ihr formulierte nationalstaatlich soziale Klassenkompromiss durchgesetzt werden könnte, bleibt offen. Das globalisierte Kapital wird sich wohl kaum per Wahl von prominenten Anhänger*innen dieses „Modells“ in einen solchen Klassenkompromiss drängen lassen. Die anstehende Modernisierung des Kapitalismus, entweder in autoritärer nationalistischer Form oder in

Verbindung mit ökologisch/grüner Form, sieht kein Zurück zum alten Sozialstaatsmodell vor. Das macht ja gerade einen Teil der Ratlosigkeit der traditionellen Sozialdemokratie aus. Ihre „Konzeption“ wird eine Projektions-fläche für eine meist ältere sozialdemokratische Basis bleiben.

Klassenanalyse und Rassismus als Leerstellen

Wagenknecht sieht die Ursachen für den Aufstieg der Rechten allein in der sozialen Polarisierung und Ausgrenzung und dem mangelnden Angebot der linken und sozialdemokratischen Parteien. Mehr oder weniger sieht sie die Wahlerfolge der Rechten bei den ökonomisch schwächeren Schichten als Notwehr. Wähler*innen gäben deshalb der Rechten ihre Stimme „weil sie sich von allen anderen politischen Kräften sozial im Stich gelassen und kulturell nicht mehr wertgeschätzt fühlen“ (S174). „Wähler, die mit der eigenen wirtschaftlichen Situation unzufrieden sind, Angst vor der Zukunft haben und die generelle gesellschaftliche Entwicklung für falsch halten, konzentrieren sich heute bei der politischen Rechten, obwohl nach Jahrzehnten wachsender Ungleichheit und vertiefter sozialer Spaltung gerade diese Menschen eigentlich die

klassische Wählerschaft sind, der linke und sozialdemokratische Parteien ein überzeugendes Angebot machen müssten.“

Die Vorstellung, dass zumindest ein erheblicher Teil die AfD wählt, weil sie ausländerfeindliche, rassistische und rechte Positionen vertritt oder ihn diese Positionen wenig stören, ist außerhalb ihrer Erklärungswelt. Auch schließen sich Enttäuschung zum Beispiel über die Sozialpolitik der SPD und rechte Einstellungsmuster nicht aus. Eine deutliche Mehrheit der AfD Wähler würde angeben, dass sie die Partei aus Protest wählen. Wir wissen inzwischen, dass es keinesfalls so ist, dass die AfD ihre Stimmen hauptsächlich von den prekären und ärmeren Schichten bekommt. Relativ viele AfD-Wähler*innen haben eine akademische Ausbildung, viele gehören dem unteren Mittelstand an. Dass Abstiegsängste *ein* Grund sind, die Rechte zu wählen, ist weitgehend unbestritten. Auch die von ihr häufig erwähnte Arbeiterschaft gehört, zumindest in der Industrie, eher zu den einkommensstärkeren Teilen der Lohnabhängigen. Es muss also noch andere Ursachen geben, warum sie überdurchschnittlich AfD wählen.

Die soziale Frage besonders zu betonen, ist richtig, dass Wagenknecht

diese gegen Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus ausspielt, ist falsch. Sie zeigt Sympathie für die Sozialdemokratie in Dänemark. „Die dänischen Sozialisten erzielten nach Jahren des Siechtums ihren ersten Wahlsieg 2019 unter ihrer Chefin Frederiksen mit einer Botschaft, die knapp zusammengefasst „Mehr Sozialstaat, weniger Einwanderung“ lautet (S48). Ich bin froh, dass DIE LINKE diesem Vorbild nicht folgt. Ohne größere Distanz lobt sie auch die Sozialpolitik der polnischen PIS, die sie an einem straff konservativen Familienbild ausrichtet und mit einer konsequent flüchtlingsfeindlichen, nationalistischen und autoritären Orientierung verbindet.

Die Auseinandersetzung über den politischen Umgang mit der AfD und den rechtsradikalen Kräften war tatsächlich Teil des von Wagenknecht inszenierten und verlorenen Machtkampfes gegenüber der Führung und den gewählten Gremien der Partei DIE LINKE. Hinter dem hauptsächlich von ihr selbst öffentlich ausgetragenen Streit zur Flüchtlingspolitik, zu offenen Grenzen und den Umgang mit Migration ging es im Hintergrund auch um den Umgang mit der AfD. Tatsächlich hat sich DIE LINKE sehr umfassend mit dem Aufkommen der

Rechten und mit der eigenen politischen Strategie dazu auseinandergesetzt. Dabei wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass sie sich klar von rassistischen, nationalistischen und rechtsradikalen Positionen abgrenzt und im betrieblichen und öffentlichen Raum dagegenhält. Sie versteht sich als Teil der antifaschistischen und antirassistischen Bündnisse und Bewegungen. Den Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung, Ausgrenzung und wachsenden Abstiegsängsten hat DIE LINKE immer gesehen und deshalb nie das Konzept eines „einfachen“ Antifaschismus vertreten. Es ging und geht darum, den sozialen Nährboden als eine Ursache für den aufkommenden Rechtsradikalismus ins Visier zu nehmen, andererseits jedoch klare Position gegen die rechte Ideologie und die AfD zu beziehen. Gleichzeitig hat die Partei ihren klaren Kurs der Solidarität mit den Geflüchteten nicht aufgeweicht, gerade in Zeiten in denen eine rechtsradikale Partei Stimmung mit der Flüchtlingsfrage macht und das politische Klima mit Hass und Hetze vergiftet.

In dieser politischen und strategischen Ausrichtung lag die eigentliche inhaltliche Differenz. Wagenknecht

bestärkt in ihrem Buch, dass es sich tatsächlich um einen fundamentalen inhaltlichen Konflikt zwischen ihr, Teilen ihrer Anhänger*innen und der Mehrheit in der Partei handelte.

Ihre Abgrenzung zur AfD lässt es an Deutlichkeit fehlen. Ulla Jelpke schreibt dazu: „So hart Wagenknecht mit den vermeintlich „Selbstgerechten“ auf der Linken ins Gericht geht, so versöhnlich tritt sie nach rechts auf. Die Autorin kritisiert etwa eine antifaschistische Linke, die „den wirtschaftsliberalen Professor einer Verwaltungshochschule Jörg Meuthen verdächtigt, er wolle einen neuen Faschismus in Deutschland einführen“. Dass der AfD-Vorsitzende als Steigbügelhalter offener Faschisten in seiner Partei agiert, erscheint Wagenknecht unproblematisch“ (JW 10/11. April 2021).

Retro-Politik führt zur Isolierung von den Bewegungen unserer Zeit

Die neuen Bewegungen, kritisiert Wagenknecht, rekrutierten sich überwiegend aus der wohlhabenden Mittelschicht in den Städten, behütet aufgewachsen, fern von existenziellen Problemen und hätten wenig Interessen an den sozialen Fragen der Arbeiterschaft und Mittelschicht. Vielmehr würden sie auf Arbeiter, die

Aldi Schnitzel essen, nach Mallorca reisen oder Auto fahren, herabsehen. Das ist nicht nur eine holzschnittartige Einordnung der verschiedenen Bewegungen (und der Beschäftigten und ihrer Lebensführung) – sondern eine falsche Einschätzung. Die Klimafrage hat im Jahr 2019 Millionen Menschen auf die Straße getrieben. Sie politisiert eine ganze Generation junger Menschen. Wer der Bewegung vorwirft, sie würde unter sich bleiben, kennt sie nicht. Kennt offensichtlich auch nicht das Kooperationsprojekt von Verdi mit Fridays For Future. Oder die Zahlen, wie viele Menschen, auch Beschäftigten in der Industrie, sich Sorgen um den Klimawandel machen. Hier kämpft eine Generation um ihre eigene Zukunft. Erhebliche Teile der Klimaschutzbewegung stellen nicht den Lebensstil oder die Konsumgewohnheiten in den Mittelpunkt, sondern fordern konkrete Klimaschutzpolitik von der Bundesregierung. Kernpunkt ist die Forderung nach schnellerer Reduzierung der Emissionen, zum Beispiel durch einen früheren Kohleausstieg oder durch eine Mobilitätswende.

Auch Wagenknechts Kritik am Unteufel-Bündnis ist nicht haltbar. Bei der bisher größten Demonstration in Berlin am 13. Oktober 2018 in Berlin

mit rund 240 000 Teilnehmer*innen, demonstrierten Seite an Seite so ziemlich alle DGB-Gewerkschaften, Streikende von Ryanair, zahlreiche Migranten*innenverbände, Mieter*inneninitiativen, unorganisierte Bürger*innen, Schüler und Studenten*innen, Grüne, SPD und Linke. Die Redner*innen waren Vertreter*innen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Streikenden und Akteure von Unteilbar. Im Aufruf steht unter anderem: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. (...) Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich begünstigte Milliarden-gewinne der Wirtschaft stehen einem der größten Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber.“

Sowohl der Aufruf als auch der Charakter der Aktionen und Großdemonstrationen lassen es an Deutlichkeit und Parteinahme in der sozialen Frage nicht fehlen. Wagenknecht müsste das eigentlich

wissen. Wenn sie das ausblendet, ist es wohl ein Plädoyer gegen die klare Parteinahme für Geflüchtete, Migranten und Migrantinnen-

Lob von konservativen Medien

Ihre harte Kritik an den verschiedenen Bewegungen unserer Zeit dürfte auch ein Grund dafür sein, dass ihr Buch in konservativen und rechten Medien so gelobt wird. Sie hat viel Zuspruch bekommen von Seiten, die ihr politisch nicht nahestehen: von Teilen des rechten Spektrums und in den konservativen Blättern wie Welt, FAZ, Focus sind die Rezensionen mehr als wohlwollend. Wenn Chefredakteure, wie beispielsweise Ulf Poschardt (Welt), Wagenknecht darin bestärken, die Linke (gemeint sind DIE LINKE und die SPD) würde sich zu wenig für die Arbeiterschaft und die Mittelschicht einsetzen und ihren Schwerpunkt auf die von ihr ins Visier genommenen Identitätspolitik legen, muss das misstrauisch machen. Medien, wie Die Welt und andere, sind in der Vergangenheit und Gegenwart nicht gerade dadurch aufgefallen, dass sie sich für die Interessen der Beschäftigten ins Zeug gelegt hätten. Sie transportieren implizit die These, die AfD hätte vor allem von LINKEN und SPD gewonnen (weil die sich eben nicht um die Arbeiter kümmern), verschweigen aber

ganz ihren eigenen Anteil daran oder den Beitrag von rechten CDULern und später AfD-Gründern. Weder kamen die Kranken- und Altenpfleger*innen wegen ihrer geringen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen zu Wort noch die vielen Beschäftigten in Einzelhandel und Gastronomie, die mit 60 oder 67 Prozent Kurzarbeitergeld mehr schlecht als recht über die Runden kommen. Oder Mieter*innen, denen die steigenden Mieten immer mehr Anteile ihres ohnehin nicht allzu hohen Lohnes wegfressen. Streikenden Beschäftigten während Arbeitskämpfen oder ihre Gewerkschaften finden dort selten ein Forum.

Überhaupt scheint ein Teil von Intellektuellen auf einmal die Arbeiterklasse zu entdecken, der nicht gerade bekannt dafür ist, in konkreten Klassenauseinandersetzungen und Arbeitskämpfen Position bezogen zu haben, Solidarität zu organisieren oder gar praktisch zu unterstützen, in Streiklokalen und vor Betriebstoren. DIE LINKE aber hat ihre Schwerpunkte genau auf diesen Feldern gesetzt. An den Kampagnen „Pflegenotstand stoppen“ und für bezahlbare Wohnungen beteiligen sich regelmäßig mehr als 150 Kreisverbände. Auch während der Pandemie setzte die Fraktion im Bundestag mit ihren

Anträgen und Forderungen nach 500 Euro mehr Grundgehalt für die Pflegekräfte, für 90 Prozent Kurzarbeitergeld (und mindestens 1200 Euro), für mehr Kündigungsschutz und Mitbestimmung, für die Bindung der Unterstützungsmaßnahmen an Kündigungsschutz und Klimagerechtigkeit, für erweiterten Mieter*innenschutz Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit in der Pandemie.

In Wirklichkeit geht es nicht um die Sympathie für die Arbeiterklasse und ihre Interessen. Buch von Wagenknecht und ihr Kreuzzug gegen die sogenannte Lifestyle-Linke wird zur Abgrenzung gegenüber Bewegungen wie Fridays For Future, Black Lives Matter, Geflüchtetenbewegung, unteilbar genutzt, die vielen Konservativen ein Dorn im Auge sind. Die Linke soll damit insgesamt geschwächt werden – wahrscheinlich wissen die Konservativen besser als Sahra Wagenknecht um den Zusammenhang von starken Bewegungen und starker LINKE.

Wagenknechts Thesen sind hoch gefährlich. Sie sendet die Botschaft an die einkommensarmen Schichten aus, DIE LINKE würde nichts für sie tun. Und an die akademischen Gruppen und jungen Aktiven, sie wären nicht willkommen. Beides ist falsch. DIE

LINKE ist Partei in Bewegung, Sprachrohr und verbindendes Element verschiedener Bewegungen zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht. DIE LINKE war die erste „neue“ plurale Linkspartei in Europa, die dauerhaft Erfolg hat. Wer dieses Konzept angreift, stellt ihre Zukunft in Frage. DIE LINKE ist Ausdruck – auch manchmal im schmerzhaften Sinn – der gesellschaftlichen Linken. Einen Spaltplatz zwischen den Bewegungen und der Partei DIE Linke zu legen, stößt die vielen Mitglieder und Aktivist*innen vor den Kopf, die in beiden, in Bewegungen und Partei, aktiv sind. Im Verständnis der Partei sind sie wichtige Bündnis-partner*innen.

Wagenknecht behauptet, dass „die Mehrzahl der sozialdemokratischen und linken Parteien sich auf den Irrweg des Linksliberalismus eingelassen hat, der die Linke theoretisch entkernt und sie großen Teilen ihrer Wählerschaft entfremdet.“ Sie geht noch einen Schritt weiter, indem sie die These im Vorwort ihres Buches aufstellt, dass SPD und Linke der AfD zu ihren Wahlsiegen „verholfen und sie zur führenden „Arbeiterpartei“ gemacht“ hätten. „Sie haben die Grünen auf geradezu unterwürfige Weise als intellektuelle und politische Avantgarde akzeptiert.“

In dem Internetblogg „Willkommen im Neoliberalismus“ wurde die Internetseite der Partei DIE LINKE untersucht. Gesamte Einträge 19751. Unter dem Suchbegriff Arbeit verzeichneten sie 5252 Ergebnisse, Miete 780, Wohnen 1450, Klima 1229, Indentität 100, Genter 60 und LBGTY 1. Damit haben sich die Blogger offensichtlich mehr mit den Themen und Veröffentlichungen der Partei beschäftigt als ihre ehemalige Fraktionsvorsitzende. Es ist Bullshit, dass die Linke nur noch über Gendersternchen reden würde, und eine Fehlanalyse, die Arbeiter würden nicht mehr die Linke wählen wegen den Gendersternchen. Dass sich die SPD solche Illusionen erzählt, um die schmerzhafteste Selbstkritik für die Agenda 2010 zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Die Linke braucht das nicht.

Die sozialdemokratischen Parteien haben nicht dramatisch an Wählergunst verloren, weil sie den Linksliberalen in die Hände gefallen sind – diese These ist fast schon ein schlechter Witz –, sondern weil sie offen neoliberal geworden sind. Die SPD kommt bis heute nicht auf die Füße, weil sie durch die Agenda 2010 in bisher beispiellosem Umfang die Axt an die Säulen des Sozialstaates in

Deutschland gelegt hat. Der damalige Kanzler Schröder hat keineswegs auf die von Wagenknecht aufgeblähte Lifestyle-Linke gesetzt, sondern gerade auf die beschworenen fleißigen Facharbeiter und Mittelschichten in harter Abgrenzung zu den damals fast fünf Millionen Erwerbslosen, die die Sozialkassen plündern und die sogenannten Lohnnebenkosten in die Höhe treiben würden. Damit konnten er und der Britische Premierminister Tony Blair auch erhebliche Teile der Neuen Mittelschichten im wachsenden Finanzgewerbe, den modernen Dienstleistungsbranchen und den technischen Berufen als Wähler*innenbasis gewinnen, die empfänglich waren für die Versprechungen der freien Märkte und der Beschneidung des Sozialstaates. Olaf Scholz, Norbert Walter-Borjans oder Saskia Esken als Lifestyle-Linke zu bezeichnen, erscheint schon sehr weit hergeholt. Die These, dass DIE LINKE von Lifestyle-Linken gekapert wurde, ist schlicht absurd.

Am ehesten trifft es zu, dass die Grünen eine starke Basis in der von Wagenknecht klischeehaft dargestellten Lifestyle-Linken finden. Doch auch diese Einschätzung greift zu kurz. In Baden-Württemberg haben 28 Prozent der Arbeiter AfD (wobei der

Begriff Arbeiter immer eine Selbsteinschätzung ist und viele Menschen in Arbeiter*innenlagen diese nicht benutzen), aber auch 33 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Grüne gewählt. Das dürften eher nicht die privilegierten akademischen neuen Mittelschichten gewesen sein, die selten gewerkschaftlich organisiert sind, sondern Erzieher*innen, Beschäftigte in der sozialen Arbeit oder in anderen Dienstleistungsberufen. Gerade bei diesen Grünen-Wähler*innen gibt es eine starke Schnittstelle zu der Partei DIE LINKE. Untersuchungen zeigen, dass im linken Wählerpotential sich circa 35 Prozent zwischen Grünen und Linken entscheiden, aber nur 2 Prozent sich vorstellen können, AfD zu wählen. Mit ihrer undifferenzierten Einschätzung der grünen Wähler*innen kann Wagenknecht auch programmatisch keine Antwort geben, wie diese für DIE LINKE zu gewinnen sind. Es dürfte kaum das fehlende soziale Profil der LINKEN sein, warum sich im linken Wähler*innenspektrum Wähler*innen für die Grünen entscheiden. Wird doch der LINKEN in allen Umfragen gerade dort die höchste Kompetenz zugeordnet. Viele Erzieher*innen, die gewerkschaftlich organisiert sind und für ihre Interessen streiken, sind auch

für Klimaschutz. Viele von ihnen, die Menschen in sozialen Brennpunkten, Kinder von Migrant*innen oder Geflüchteten betreuen, würden Wagenknechts Thesen zur Migration nicht teilen. Deshalb ist für DIE LINKE in ihrem aktuellen Wahlprogramm oder auch in ihrer programmatischen Entwicklung radikaler Klimaschutz eine soziale Frage. Sie entwickelt ein gesellschaftliches Zukunftsprojekt, das soziale Gerechtigkeit, Regulierung von Löhnen und Arbeit, radikalen Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit umfasst und in einem Konzept des sozialökologischen Systemwechsels verbindet. Dagegen wirkt das von Wagenknecht entworfene Konstrukt eines national stärker abgeschotteten Sozialstaates, der sich auf ein ordoliberales Verständnis von gleichberechtigten Marktteilnehmern in der kapitalistischen Marktwirtschaft stützt, rückwärtsgewandt.

Auf das Scheitern ihres Projekts einer Sammlungsbewegung mit „Aufstehen“ geht Wagenknecht mit keinem Wort ein. Im Buch wird auch keine neue organisatorische Variante von Aufstehen angedeutet oder gar eine parteipolitische Neuorientierung. Die Entfremdung von ihrer eigenen Partei, die schon vor Jahren begann, ist

jedoch kaum zu übersehen. Das Gegen-Programm, das sie im Buch skizziert, ist eigentlich als ein Programm für eine gesellschaftliche Bewegung und eine Partei angelegt, die es so nicht gibt. Mit dem Projekt einer pluralen, linken, sozialistischen, antirassistischen und feministischen Partei ist es nicht vereinbar.

Quo vadis LINKE?

Unsere Partei ist gut beraten, für ein anderes Zukunftsmodell einzutreten, indem sie den Weg der vergangenen Jahre fortsetzt und weiterentwickelt. Das heißt: klare Position für die Lohnabhängigen, im Sinne verbindender Klassenpolitik gemeinsame Interessen der Beschäftigten herauszuarbeiten. Dazu gehören auch die Migrant*innen und Geflüchteten, um der politisch herbeigeführten Spaltung, Prekarisierung und Ausgrenzung entgegen zu wirken. Linke Politik verbindet die Frage der Ausgrenzung der sog. Minderheiten mit den sozialen Fragen und hebt die gemeinsamen Interessen hervor. Sie löst die im Kapitalismus ständig vorhandene Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Lebenschancen nicht durch Begrenzung der Einwanderung, sondern durch Mindestlöhne, flächendeckende Tarifverträge, Schaffung bezahlbaren Wohnraums

und mit einem inklusiven, die soziale Benachteiligung ausgleichenden Bildungssystem. Gleichzeitig ist DIE LINKE aktiver Teil der fortschrittlichen sozialen, ökologischen und demokratischen Bewegungen. Sie versucht die verschiedenen Bewegungsansätze zu einem gesellschaftlichen Zukunftsprojekt eines sozial-ökologischen Systemwechsels zu verbinden. Es gilt, weiter ein linkes Profil in der Klimapolitik stark zu machen, als eine ökologische Klassenpolitik, die sich an Prekarisierte ebenso richtet wie an Beschäftigte in der Industrie, an Menschen in Großstädten ebenso wie in ländlichen Regionen. DIE LINKE darf ihren klaren Kompass im Kampf gegen Rassismus und rechtsradikale Positionen niemals aufgeben. Dafür gibt es eine soziale Basis bei fortschrittlichen Gewerkschafter*innen, bei vielen Beschäftigten, bei den vielen jungen Menschen, die sich heute politisieren. Hier liegt die Zukunft der Linken und der LINKEN. In der Situation einer tiefen politischen Vertrauens- und Repräsentationskrise kann es nur aus einer - in den nächsten Jahren weiter auszubauenden - Verankerung gelingen, Teile älterer traditioneller sozialdemokratischer und „sozialkonservativer“ Milieus zu gewinnen -

und in einem Projekt der gesellschaftlichen Gegenhegemonie zusammenzuführen.

Marx schrieb im achzehnten Brumaire des Louis Bonaparte: „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft“. Dieser Grundsatz gilt umso mehr für die Linke des 21. Jahrhunderts.